**Evangelische Kirche auf der Suche   
nach dem Weg zu mehr Gerechtigkeit und Frieden**Eindrücke und Gedanken zur Kundgebung der EKD-Synode vom 13. November 2019 in Dresden und zurr Folgetagung am 4./5. Februar in Bad Boll von Dr. Eberhard Bürger  
mit  
Anlagen zu Eingaben zur Synode, Wortlaut der Kundgebung, Neuinterpretation von CA 16

**Zur EKD - Synode und der Folgetagung in Bad Boll**  
Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat im November 2019 in Dresden getagt und am 13. 11. eine „Kundgebung“ unter der Überschrift „Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens“ verabschiedet.   
Im Vorfeld der EKD-Synode gab es viele Eingaben und Bitten, Anträge und Stellungnahmen.  
Aus meinem Umfeld haben sich der Hausener Friedenskreis in der EKM und der Deutsche Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes und Church and Peace daran beteiligt.[[1]](#footnote-2)

Von der Synode selbst bekam ich Eindrücke zum Thema Frieden nur aus der Life-Übertragung mit (Vortrag von Bischof Bundschuh, Badische Landeskirche, Vorträge einer Mitarbeiterin des Potsdamer Umweltinstitutes zu Klima und Kriege, eines Majors der Bundeswehr zur Rolle der Bundeswehr sowie eines Entwicklungsmitarbeiters aus einem sehr speziellen Bereich der Entwicklungsarbeit…) . Ein mir gut bekannter Teilnehmer erzählte, dass er sich von der Synodentagung erst einige Tage erholen musste, weil sie derart kontrovers und teilweise auch aggressiv verlaufen sei. So hielt er es für ein wahres Wunder, dass diese Kundgebung zustande gekommen ist und konnte nur staunen.

Als Vertreter für eine Synodale unserer Landeskirche, der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM), konnte ich am 4./5. Februar 2020 an einer Folgetagung zur Kundgebung in Bad Boll teilnehmen. Dort wurden dann die in der Kundgebung eher allgemein gehaltenen Aussagen konkretisiert durch einen Einführungsvortrag von Lutz Krügener, Hannoverscher Friedensbeauftragter, und durch die Weiterarbeit in fünf Arbeitsgruppen. Die in der Tagungskonzeption angelegte Beschränkung der Arbeitszeit für die Gruppen auf zweimal 1 - 1 ½ Stunden fand ich dabei als zu einengend und mir blieb unklar, wieso sie so gewählt worden ist. Das weitere Rahmenprogramm (Podiumsdiskussion und einige Einzelbeiträge) bekam ich aus gesundheitlichen Gründen nicht mit, habe aber auch keine Resonanz darauf bei anderen Teilnehmenden gespürt. - Auffällig war für mich an dieser Folgetagung, dass ich niemanden aus der Bundeswehr entdecken konnte, während ja die Kundgebung selbst im heftigen Streit mit Befürwortern und Gegnern von Militär und Rüstung hervorgegangen war.

Lutz Krügener teilte zunächst als Beobachtung mit: Die EKD-Kundgebung ist von kirchlichen Mitarbeitern seines Umfeldes kaum und an der gemeindlichen Basis überhaupt nicht wahrgenommen worden. In einer kleinen Gesprächsgruppe fragte ich eine Mitarbeiterin aus einem Kirchenamt, wie denn bei ihnen mit der Kundgebung umgegangen wird. Ihre Antwort: „Wir nehmen sie zur Kenntnis und heften sie ab.“ Das hat mich wirklich schockiert.  
Doch daraus ergibt sich die Frage: Wer sind die Anwender dieser Kundgebung? Die Antwort von Lutz Krügener: „Wir – Spezialisten – die heute arbeiten. Wenn wir die Kundgebung nicht anwenden, wird es niemand tun.“

**Tagung in Bad Boll: Zum einführenden Teil der Kundgebung**Lutz Krügener nahm den theologischen Einstieg der Kundgebung zum Anlass für die Frage: Was hilft er mir?   
Seine sinngemäßen Antworten sind im folgenden Abschnitt mit LK eingeleitet, Ergänzungen des Verfassers mit EB (auch mit Perspektiven aus der DDR-Friedensarbeit) angefügt. Der gesamte Wortlaut der Kundgebung findet sich in Anhang 2, hier sind nur Ausschnitte aus der theologischen Einleitung zitiert und fettgedruckt markiert.

1. ***„Als Christinnen und Christen, die sich im Gottesdienst und im Gebet in den Frieden Gottes stellen, haben wir Anteil an der Friedensbewegung Gottes in diese Welt hinein. Sie bildet den Ausgangspunkt und den Kern der Friedenstheologie und -ethik, die wir als christliche Kirchen in das Ringen um den Frieden in der Welt einbringen.“***

**LK**: Frieden ist einerseits Querschnittsaufgabe mit Impulsen für Gemeinden, Einrichtungen und nach „außen“, andererseits braucht Frieden Spezialisten (Friedensbeauftragte), um eine qualifizierte Friedensarbeit zu leisten.  
**EB**: Der Hausener Friedenskreis der EKM weist darauf hin, dass im Bereich der EKD eine Friedenstheologie außer der Martin Luthers nicht existiert und doch dringend erforderlich ist.

1. ***„Der Friede Gottes ist umfassend; unsere Umsetzungen sind partikular. Gottes Frieden umfasst ein Leben in Würde, den Schutz vor Gewalt, die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen, den Abbau von Ungerechtigkeit und Not, die Stärkung von Recht, Freiheit und kultureller Vielfalt.“***

**LK**: Von einem umfassenden Friedensbegriff aus (biblischer Schalom; gerechter Frieden) ist eine stärkere Zusammenschau von Gerechtigkeit – Frieden – Bewahrung der Schöpfung nötig, beispielsweise durch die Zusammenarbeit verschiedener Bereiche und Abteilungen (Umweltarbeit – Frieden…).   
Das Thema Klima und Militär muss neu in den Fokus rücken.  
**EB:** Zwischen Selbstüberschätzung, Gleichgültigkeit und Ohnmacht suchen wir zusammen mit anderen (Dialoge!) unsere spezifischen Möglichkeiten, aufgrund unseres Weges in der Nachfolge Jesu, unseren Begabungen und Kräften sowie der jeweiligen Situation unsere Teil- Macht, die wir jetzt und hier einbringen können („Umsetzungen“).  
Der Friede Gottes umfasst gewiss weitaus mehr als hier beschrieben: „Der Friede Gottes, der höher ist als unsere Vernunft, der bewahre unsere Herzen und Sinne bei Jesus Christus…“

1. ***„Diese Differenz wehrt jeder Sakralisierung politischer Positionen, auch unserer eigenen. Sie begrenzt unsere menschlichen Auseinandersetzungen heilsam. Sie fördert nüchterne Unterscheidungen und ermöglicht Selbstkritik und Gelassenheit.“***

**LK:** Wir wissen um die eigene Begrenzung, dies hilft der Abwehr jeglichen Fundamentalismus und ermöglicht das Eingeständnis eigener Fehler.   
Gerechter Friede ist immer ein Prozess.   
**EB**: Dietrich Bonhoeffer beschreibt in seinem Taufbrief von 1944 aus dem Gefängnis, wie er Christsein in Zukunft versteht: „Unser Christsein wird heute nur in zweierlei bestehen: im Beten und im Tun des Gerechten unter den Menschen.“ Dieses Zitat ist weithin bekannt und beschreibt das Leben von Christen als ein ausgesprochen aktives.   
Weniger bekannt ist die folgende Ergänzung, die gerade für mich als älteren Menschen, der auch das Loslassen und in die 2.-Reihe-Treten neu lernen muss. Dietrich Bonhoeffer fügt die Ergänzung im selben Taufbrief nur wenige Zeilen später ein:  
„…es wird Menschen geben, die beten und das Gerechte tun und **auf Gottes Zeit warten.**“ Waren ihm selbst doch im Gefängnis „alle Hände gebunden“, so gehört auch das aktive Warten, Hoffen mit zum Friedenshandeln.

1. ***„ Der Friede Gottes überwindet Grenzen, Mächte und Gewalten. Gott steht den Opfern bei. Das geschieht aber nicht durch eine Steigerung der Gewalt, sondern durch Überwindung der Logik der Gewalt: indem Gott Mensch wird und sich in Christus selbst verwundbar macht.“***

**LK:** **Wie wird Frieden?** Durch die Überwindung der Logik der Gewalt, durch Entwicklung friedenslogischer Ansätze wie z.B. Gewaltfreie Kommunikation, Friedensforschung, Bildungsarbeit zur Friedenslogik, Stärkung von Friedensfachkräften…  
**EB:** Aus der Tradition der kirchlichen Friedensarbeit in der DDR ist uns im Hausener Friedenskreis der folgende Ansatz noch weitgehender und zugespitzter:   
Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung/Gewalt und   
Schaffen einer gemeinsamen und gegenseitigen Sicherheit und   
auf der Grundlage von gegenseitigem Vertrauen eine Kultur der Gewaltfreiheit/der Friedenslogik entwickeln.

1. ***„…wir gestalten schon im Hier und Jetzt mit Hoffnung und Ausdauer, mit Klarheit und Mut eine Friedensordnung.“***

**LK:** **Wo wird Frieden?** Im Hier und Jetzt durch die Gestaltung einer Friedensordnung.  
Damit wird jede „Vertröstung“ ebenso ausgeschlossen wie die Beschränkung kirchlicher Aufgaben auf Seelsorge und Verkündigung.  
**EB:** In der DDR sollte Glauben von staatlichen Behörden auf den Privatbereich eingeschränkt und Theologie ihrer gesellschaftlichen Bedeutung untersagt werden. Merkwürdigerweise finden sich heute Menschen verschiedener Anschauungen – einige pietistisch oder andere lutherisch orientierte, einige CDU-Funktionäre, einige Konzernspitzen u.a. – darin zusammen, dass sie genau das fordern: Christsein solle privat bleiben und Kirche sich nicht in gesellschaftliche Fragen einmischen. Das „reine“ Evangelium sei zu verkündigen und die „reine“ Seelsorge zu üben. Auch in der Tradition der christlichen Friedensarbeit der DDR ist dem klar und deutlich zu widersprechen: Kirche hat immer auch einen gesellschaftlichen Auftrag.

1. ***„Wir sind gerufen, uns aufrecht und mündig mit unseren Kompetenzen und Ressourcen, auch mit unseren Schwächen, an Christi gewaltfreiem Friedenshandeln auszurichten und Verantwortung für einen gerechten Frieden zu übernehmen.“***

**LK:** 1. Wir haben einen Auftrag zur aktiven Friedensarbeit. Durch die Ausrichtung am gewaltfreien Friedenshandeln übernehmen die Kirchen Verantwortung für einen gerechten Frieden, mit ihren Kompetenzen und Ressourcen. Dies ist der notwendige Weg zur Verantwortungsübernahme. Die Friedliche Revolution von 1989 in der DDR ist ein ermutigendes Beispiel dafür.  
2. Die finanziellen Ressourcen der Kirche sollen für Friedenshandeln eingesetzt werden, auch in Strukturen (verlässliche und belastbare Personalstellen). Und Kirche muss offen sein, ihre Möglichkeiten in die Gesellschaft einzubringen.  
**EB:** „…an Christi gewaltfreiem Friedenshandeln auszurichten…“ In der DDR gehörte Wehrdienstverweigerung (Totalverweigerer und Bausoldaten) als das „deutlichere Zeichen“ zum Friedenshandeln der Kirchen (Bund Evangelischer Kirchen und Ökumenische Versammlung 1988/89) Die EKD lehnte das 1989 noch ab, ihr lag – und liegt bis heute - am Konzept der Gleichheit von Militärdienst und Zivildienst. Für mich ergeben sich daraus zwei Anliegen: > Wenn Gewaltfreiheit zur Nachfolge Jesu dazugehört, dann ist Kirche Kirche Jesu Christi, indem sie diese Gewaltfreiheit lebt. Erstmals in der deutschen Kirchengeschichte haben sich in der DDR eine Kirche und eine Ökumenische Versammlung in kritischer Distanz gegenüber dem Staat für mehr Gerechtigkeit, gewaltlosem Friedensengagement und eine konkrete Bewahrung der Schöpfung entschieden und sind dafür konkrete Schritte gegangen.   
Und: > Für eine glaubwürdige Wirksamkeit von Christen und Kirche in ihrer jeweiligen Umgebung kann aktives gewaltfreies Friedenszeugnis ein durchaus deutlicheres Zeichen für weitergehende Möglichkeiten des Friedenshandelns sein, als sie derzeit im Umfeld im Blick sind.

1. ***„Im Jahr 2007 hat sich die Evangelische Kirche in Deutschland vor diesem Hintergrund in der Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben - für gerechten Frieden sorgen“ dem Leitbild des Gerechten Friedens verpflichtet und sich für einen klaren Vorrang für gewaltfreie, zivile Instrumente der Konfliktbearbeitung ausgesprochen. Sie betont den engen Zusammenhang von Frieden und Gerechtigkeit und von Frieden und Recht. Den Einsatz militärischer Mittel hält sie ausschließlich als „rechtserhaltende Gewalt“, die als äußerstes Mittel (ultima ratio) erwogen werden darf, unter engen Kriterien für legitim. Der Einsatz von Gewalt ist immer eine Niederlage und stellt uns vor die Frage, ob wir im Vorfeld alles zur Prävention und gewaltfreien Konfliktlösung getan haben….***

***Die Bilanz militärischer Einsätze, die zur Beendigung von Menschenrechtsverletzungen führen sollen, ist enttäuschend****. “*

**LK:**1. Das Leitbild des „Gerechten Friedens“ hat klaren Vorrang für gewaltfreie, zivile Konfliktbearbeitung. Entscheidend ist alles für die Prävention von Gewalt zu tun und gewaltfreie Konfliktlösungen zu suchen. „Es müssen immer alle 99 Schritte vor der Eskalation“ bedacht und getan werden. Vor allem muss die entsprechende Ausstattung und Umsetzung eingefordert werden. Politisch sind die Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern.“  
2. „Rechtserhaltende Gewalt“ darf ausschließlich bei der Erfüllung aller engen Kriterien eingesetzt werden und ist immer eine Niederlage. Nach wie vor keine radikal pazifistische Position, aber die militärische Option findet keinerlei positive Würdigung.  
3. Alle Bundeswehreinsätze müssen nach den Prüfkriterien des „Gerechten Friedens“ überprüft werden, auch rückwirkend. Dafür sollen Menschen befähigt werden, dieses schnell zu tun. Treffen nicht alle Kriterien zu, muss dem Einsatz widersprochen werden (jetzt z.B. Libyen – Prüfmechanismus).  
**EB:** Anders als Lutz Krügener hier an die Kundgebung anknüpft sehen dies Mitglieder von Church und Peace, von ökumenischen Netzwerken, vom Versöhnungsbund: Wo es einen Vorrang gibt, ist auch der Nachrang vorhanden. Derzeit werden nur „nachrangig“ atomar weiter aufgerüstet, Rüstung im Übermaß exportiert, neue Waffengattungen entwickelt und ausprobiert, Militärmanöver in kaum da gewesener Größe abgehalten, internationale Plattformen für Gespräche und Verhandlungen geschwächt (OSZE, UNO, WHO…), direkte und indirekte Militärausgaben im Bundhaushalt gesteigert, die zivile Konfliktbearbeitung und die Entwicklungszusammenarbeit ins Feld der unbedeutenden Zahlen verwiesen, Krieg als Option weiter offen gehalten…so dass die „Ultima ratio“ nur so blüht und gedeiht.   
 Wenn wir die für 2030 anvisierten Ziele der UNO zur Verbesserung der Weltlage, vor allem auch der Gesundheit und des Klimas, annähernd erreichen wollen, brauchen wir alle Kräfte und Menschen. Hier in der **Einen Welt** geht es deshalb nicht mehr um einen Vorrang, sondern um **ausschließlich** gewaltfreie, zivile Konfliktbearbeitung, um mehr Dialoge und Gerechtigkeit und eine entwickelte Kultur der Gewaltfreiheit. Alle militärische Gewalt muss zu ziviler, auch polizeilicher, umgewandelt werden, für die die Prüfkriterien des gerechten Friedens gelten.

1. ***„Eine gerechtere, ressourcen-schonendere und die Würde aller Menschen achtende Weltordnung ist der wichtigste Beitrag für mehr globale Sicherheit und weniger Konflikte. Die wichtigen globalen Herausforderungen lassen sich nicht militärisch lösen, sie bedürfen des politischen Ausgleichs sowie der Berücksichtigung des Rechtes und des Wohles aller Beteiligten. Vor allem aber bedürfen sie der Stärkung des gegenseitigen Vertrauens.“***

**LK:** Diese Aufzählung bietet die Möglichkeit nahezu zu allen Themenkomplexen mit Stärkung durch die EKD- Kundgebung zu arbeiten. Nicht umsonst steht der Klimawandel ganz oben.  
Diese Abschnitt ist eine gute Zusammenfassung, wenn wir uns mal wieder in der „Ultima ratio“ Diskussion verlieren. Entscheidend ist bei allem Handeln, ob es der Stärkung des gegenseitigen Vertrauens dient. Dies ist z.B. ein konkreter Ansatz, um „Defender 2020“ zu widersprechen.  
**EB:** Um solches Vertrauen zu gewinnen und zu stärken bedarf es Runder Tische, informeller Begegnungen, fester Institutionen wie z.B. die OSZE, EU, ÖRK, KEK, klarer Regeln und Rechtsformen, verbindlicher Absprachen und Projekte – immer also Personen, Finanzen, Räume und Zeiten…Da bleibt kein Geld mehr für Militär und Rüstung, nur für Konversion, also deren Umwandlung in zivile gesellschaftliche Formationen.

**Tagung in Bad Boll: Zu den thematischen Arbeitgruppen**

Nach dem Vortrag von Lutz Krügener ging es am Nachmittag des 4. 2. und am Vormittag des 5. 2. in 5 Arbeitsgruppen zu je reichlich einer Stunde Dauer um Konkretionen. Die 5 Arbeitsgruppen orientierten sich an den 5 Themenbereichen der Kundgebung:

**1.Der Weg der Gewaltfreiheit**

Da dieses Thema zum ersten Mal auf einer EKD-Synode nicht nur eine Rolle gespielt hat, sondern auch zu einem Beschlusstext geführt hat, sei er hier ausnahmsweise in voller Länge zunächst zitiert:

*„Die Erfahrung zeigt, dass Menschen, Gemeinschaften und Staaten in der Lage sind, Probleme und Konflikte in allen Bereichen gesellschaftlichen und politischen Lebens auf konstruktive und gewaltfreie Weise zu bearbeiten. Es gibt erprobte Konzepte und Instrumente dafür, Wege aus Gewalt und Schuld zu finden, einander vor Gewalt zu schützen und Versöhnungsprozesse zu gestalten – in Friedenszeiten wie in Krisen- und Kriegssituationen. Auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens hören wir Gottes Ruf in die Gewaltfreiheit. Wir folgen Jesus, der Gewalt weder mit passiver Gleichgültigkeit noch mit gewaltsamer Aggression begegnet, sondern mit aktivem Gewaltverzicht. Dieser Weg transformiert Feindschaft und überwindet Gewalt, und er achtet die Würde aller Menschen, auch die von Gegnerinnen und Gegnern.*

*• Das Leitbild des Gerechten Friedens setzt die Gewaltfreiheit an die erste Stelle. Das wollen wir im Gebet, im eigenen Friedenshandeln und im gesellschaftlichen Dialog immer weiter einüben. Wir rufen die politisch Verantwortlichen dazu auf, militärische Gewalt und kriegerische Mittel zu überwinden. Vom Gerechten Frieden her zu denken heißt, den Grundsatz zu befolgen: „Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor.“ Deshalb setzen wir uns mit ganzer Kraft für die Vorbeugung und Eindämmung von Gewalt ein.*

*• Aufgrund der positiven Erfahrungen mit Prävention und ziviler Konfliktbearbeitung stär-ken wir die Ausbildung und den Einsatz von Friedensfachkräften und fordern den Aus-bau der Friedens- und Konfliktforschung und die verlässliche Bereitstellung der dafür notwendigen finanziellen Ausstattung.*

*• Prävention ist die nachhaltigste Form der Friedenssicherung. Deshalb fordern wir die Priorisierung von Haushaltsmitteln des Bundesetats – mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandproduktes – für entwicklungspolitische Maßnahmen, für die Bekämpfung von Gewaltursachen, für Krisenprävention, für gewaltfreie Konfliktbearbeitung und für Nachsorge und zivile Aufbauarbeit in Krisenregionen.“*

Die Arbeitsgruppe, in der ich mitarbeitete, gab folgende **konkrete Impulse**:  
> Das Thema Frieden – Der Weg der Gewaltfreiheit“ soll in die Visitationsordnungen der Kirchen aufgenommen werden.

> Die Friedensfrage wird in die theologischen Ausbildungsgänge aller Berufsgruppen und kirchlichen Ebenen stärker als bisher integriert.  
> Friedensfachdienste werden weiter ausgebaut: Stärkung von Friedensfachorganisationen und Arbeitsstellen, Ziviler Konfliktbearbeitung und Qualifikation von Mitarbeiter\*innen.

In der Tendenz wird die im ersten Themen-Teil der Kundgebung eingeführte Gewaltfreiheit nicht konsequent weitergeführt und vor allem im fünften Themen-Teil  
fast komplett vergessen. Hier fällt die Kundgebung wieder in das Vorrang-Nachrang-Schema, wobei in der Praxis der militärische und rüstungstechnische „Nachrang“ immer den Vorrang bekommt. Kann es sein: Der militärisch-industrielle Rüstungskomplex fordert seine Rechte ein und entzieht uns und der Weltgemeinschaft die lebens- und überlebens-notwendigen Energien, Rohstoffe, Intelligenz, Zeit, Kraft, Personen….?

**2.Nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz für gerechten Frieden**> Etablierung eines Klimaschutzgesetzes durch die EKD  
> Bereitstellen von 0,8% der Kirchensteuermaßnahmen für Klimaschutz  
> finanzielle und technische Unterstützung weltweiter Partnerkirchen und Projekte  
> Planung einer Dekade der Sorge um die Schöpfung  
> Lebensstil/Ethik und Theologie des Genug thematisieren  
> Materialen dazu unter Einbeziehen der Stimmen des Globalen Südens  
> Ausbau eines thematischen Netzwerkes

**3.Gesellschaftlicher Frieden**> Friedensbildung in Schulen, auch Ursachen gesellschaftlichen Unfriedens definieren  
> Kirche als Bündnispartnerin des Gemeinwesens  
> Die Kundgebung soll in einfache Sprache übersetzt und so besser verständlich gemacht werden  
> Qualifizierung kirchlicher Mitarbeiter für Konflikte und eine ausstrahlende hilfreiche Konfliktkultur

**4.Europäische Verantwortung für den Frieden**> Vertrauensbildung in ökumenischer Zusammenarbeit  
> Stärkung einer klar vernehmbaren kirchlichen Stimme in Europa  
> Stärkung des Multilateralismus der EU, u.a. durch die deutsche Ratspräsidentenschaft, und Mitgestaltung der EU durch EKD, Landeskirchen, Gemeinden…

**5.Herausforderungen durch Automatisierung, Cyberraum und Atomwaffen**> Gegen automatisierte Waffen die internationale Kampagne „Stop Killer-Robots“ unterstützen  
> Schritte zur Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages durch Deutschland gehen

> Vertrauensbildende, kooperative Sicherheitskonzepte stärken und weiter entwickeln

Soweit Eindrücke und Gedanken zur Kundgebung und der Arbeit daran in Bad Boll.   
Für mich war es schon etwas Besonderes, dass nach 30 Jahren Stimmen der Gewaltfreiheit erstmals mehr Gehör fanden und mit konkreten Schritten verbunden werden konnten. Bleibt die Umsetzung abzuwarten.

Dass in der Kundgebung die 30 Jahre Friedliche Revolution nur kurz erwähnt worden sind, meinem Eindruck nach eher etwas pflichtgemäß eingeschoben, finde ich enttäuschend.

**Augsburgische Konfession von 1530, Artikel 16 im Diskurs**

Der Wortlaut von Confessio Augustana Artikel 16 (CA 16), zitiert nach dem Evangelischen Gesangbuch unter NR. 808:

*„VON DER POLIZEI (STAATSORDNUNG) UND DEM WELTLICHEN REGIMENT*

*Von der Polizei (Staatsordnung) und dem weltlichen Regiment wird gelehrt, daß alle Obrigkeit in der Welt und geordnetes Regiment und Gesetze gute Ordnung sind, die von Gott geschaffen und eingesetzt sind, und daß Christen ohne Sünde in Obrigkeit, Fürsten- und Richteramt tätig sein können, nach kaiserlichen und anderen geltenden Rechten Urteile und Recht sprechen, Übeltäter mit dem Schwert bestrafen, rechtmäßig Kriege führen, in ihnen mitstreiten, kaufen und verkaufen, auferlegte Eide leisten, Eigentum haben, eine Ehe eingehen können usw.  
Hiermit werden verdammt, die lehren, daß das oben Angezeigte unchristlich sei.  
Auch werden diejenigen verdammt, die lehren, daß es christliche Vollkommenheit sei, Haus und Hof, Weib und Kind leiblich zu verlassen und dies alles aufzugeben, wo doch allein das die rechte Vollkommenheit ist: rechte Furcht Gottes und rechter Glaube an Gott. Denn das Evangelium lehrt nicht ein äußerliches, zeitliches, sondern ein innerliches, ewiges Wesen und die Gerechtigkeit des Herzens; und es stößt nicht das weltliche Regiment, die Polizei (Staatsordnung) und den Ehestand um, sondern will, daß man dies alles als wahrhaftige Gottesordnung erhalte und in diesen Ständen christliche Liebe und rechte, gute Werke, jeder in seinem Beruf, erweise. Deshalb sind es die Christen schuldig, der Obrigkeit untertan und ihren Geboten und Gesetzen gehorsam zu sein in allem, was ohne Sünde geschehen kann. Wenn aber der Obrigkeit Gebot ohne Sünde nicht befolgt werden kann, soll man Gott mehr gehorchen als den Menschen.“*

Das steht im heutigen Evangelischen Gesangbuch. Beim Artikel 1 findet sich ein \* mit der summarischen Bemerkung: *„Hier werden wie an entsprechenden Stellen in den Artikeln 2,5,8,9,12,16,17 und 18 Beispiele von Irrlehren aus der Alten Kirche oder der Reformationszeit genannt, auf die sich die Verwerfungen beziehen. Diese Verurteilungen wollen das Evangelium vor Entstellungen bewahren, richten sich aber nicht gegen den persönlichen Glauben bestimmter Menschen.“[[2]](#footnote-3)*Die Augsburgische Konfession ist eines der Bekenntnisse, auf die Pfarrer\*innen bis heute ordiniert werden und an dem sich Christen heute im Glauben und Leben orientieren sollen.

Der Deutsche Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes hat die Landeskirchen und die EKD mehrfach nachdrücklich mit Briefen und Aktionen daraufhin gewiesen, dass dieser Artikel, vor allem „*daß Christen ohne Sünde …rechtmäßig Kriege führen, in ihnen mitstreiten,“* können so nicht mehr gelten darf. Im Mai 1989 hat der Bund Evangelischer Kirchen in der DDR den Artikel 16 neu interpretiert (Siehe Anlage 3). 1999 in Augsburg hat Bischof Christoph Demke die Kritik des Versöhnungsbundes aufgenommen und als wesentlichen Impuls für die Versöhnung mit den Mennoniten verwendet.

Das Anliegen einer Neuinterpretation von CA 16 ist in unserer Zeit umso dringlicher, als gerade auch die Kundgebung der EKD-Synode vom 13. 11. 2019 aus Dresden im grundlegenden Teil verdeutlicht, wie sich die gesellschaftliche Situation schon seit der EKD-Schrift zu Friedensfragen 2017 verändert hat und zu weitreichenden neuen Überlegungen Anlass gibt.   
  
Frau Dr. Friederike F. Spengler, Regionalbischöfin von Weimar-Gera, hat auf der EKD-Synode in Dresden den Antrag eingebracht, dass sich das Kirchenparlament mit CA 16 befasst und eine neue, aktualisierte Interpretation herausgibt. Ihr Antrag wurde an die Kirchenvereinigungen VELKD (Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche in Deutschland) und UEK (Unierte Evangelische Kirchen) verwiesen. Die VELKD hat sich dieses Anliegens bereits angenommen.[[3]](#footnote-4)

In einer breiteren Diskussion in „Glaube und Heimat“ wurde um das Für und Wider eines solchen Schrittes gestritten, wobei sich eine Front dagegen aufbaute, dass der Artikel 16 umgeschrieben werden soll. Historische Dokumente zu verändern, würde eine Fälschung bedeuten. Doch was heute und morgen gültig sein soll, muss neu herausgefunden und miteinander geteilt werden. Die Frontstellung gegen eine Veränderung vom CA-16-Wortlaut arbeitet sich an einem Bereich ab, der mit dem eigentlichen Inhalt und Anliegen einer neuen Friedenstheologie und –ethik nichts zu tun hat und lenkt von Inhalt und Anliegen ab.  
  
Mit großer Dankbarkeit sehe ich, dass durch diesen Prozess zu CA 16 auch neue, kraftvolle Impulse zum Thema „Frieden“ von Glauben und Kirchen her ausgehen können.

Magdeburg, den 8. Mai 2020, Tag der Befreiung  
75 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges

Dr. Eberhard Bürger

**Anhang 1**

**12. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland,   
6. Tagung, 13. November 2019 in Dresden zum Thema „Frieden“**

**1. Drei Anträge zur Synode  
1.1. Antrag von Church and Peace**Church and Peace ist eine internationale Vereinigung von Kirchen, Vereinen, Gruppen, Projekten und Einzelpersonen, die sich der gewaltfreien, zivilen Friedensarbeit widmen. **Der Vorstand von** **Church and Peace** wendet sich wenige Tage vor der Friedenssynode an die Synodalen: **Die Zeit drängt!**

Wir rufen die Synode auf,

* deutlich ihre Stimme gegen die fortschreitende Militarisierung der EU zu erheben;
* sich entschieden für die Förderung der gewaltfreien Konfliktbearbeitung einzusetzen;
* für eine restriktive und effektive Rüstungsexportkontrolle einzutreten;
* sich dafür einzusetzen, dass Deutschland den [Atomwaffenverbotsvertrag](https://www.church-and-peace.org/wp-content/uploads/2019/08/PM-Appell-Welt-ohne-Nuklearwaffen-07082019.pdf) unterzeichnet;
* Krieg bzw. militärische Intervention als „ultima ratio“, als letzte Option, auszuschließen und stattdessen Schritt für Schritt in Richtung Gewaltfreiheit als erste und letzte Option zu gehen (siehe auch [Szenario “Sicherheit neu Denken](https://www.ekiba.de/html/content/szenario_sicherheit_neu_denken.html)“).

*Diemelstadt-Wethen, den 7.11.2019*

**1.2. Antrag der Mitgliederversammlung des Internationalen Versöhnungsbundes, Deutscher Zweig**Der Internationale Versöhnungsbund wurde am 3. August 1914 als Antwort auf den Beginn des 1. Weltkrieges gegründet. Er setzt sich gegen Unrecht und Krieg zur Wehr und engagiert sich für eine Kultur der Gewaltfreiheit. Der Deutsche Zweig hat Kontakte zu 40 Zweigen in anderen Ländern und in Deutschland derzeit ca. 850 Mitglieder.

Freitag, 4. Oktober 2019 - 10:26  
Unter dem Thema „Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens“ will die Synode der EKD vom 10-13.11.2019 in Dresden die Friedensbotschaft des Evangeliums und den Friedensauftrag der Kirchen neu bedenken und auf die kirchlichen wie politischen Herausforderungen der Zeit beziehen.  
Die Mitgliederversammlung des VB hat Anfang Juni drei Bitten an die Synode gerichtet. Der Beschluß lautet:- Der Internationale Versöhnungsbund/Deutscher Zweig bittet die in Dresden versammelte Synode der EKD den Militärseelsorgevertrag zu kündigen und die Militärseelsorge in eine kirchlich getragene Seelsorge für Soldaten und Soldatinnen umzuwandeln.   
- Außerdem bitten wir in Aufnahme der "Erklärung des Moderamens des Reformierten Bundes zum 70. Jahrestag der US-amerikanischen Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 2015" sich der klaren Position von Papst Franziskus anzuschließen, wonach bei atomaren Waffen "die Androhung ihres Einsatzes sowie ihr Besitz entschieden zu verurteilen" seien. Damit verbunden sollte ein Aufruf an alle christlichen Soldaten der Bundeswehr ergehen, keinen Dienst mehr im Rahmen der sog. nuklearen Teilhabe zu leisten.  
- Wir bitten außerdem um einen klaren, eindeutigen und unmissverständlichen Widerruf, der in Artikel 16 des Augsburger Bekenntnisses ausgesprochenen Verdammung. Eine solche Verdammung einer christlich pazifistischen Position war im 16. Jahrhundert falsch und ist heute ein Skandal. Es geht hierbei um die Glaubwürdigkeit der evangelischen Kirche in Deutschland. "Ohne Sünde" (so die Formulierung in CA 16) ist im 21. Jahrhundert kein Krieg mehr zu führen!

Im Sinne dieses Beschlusses sind nun Präses und Präsidium der Synode angeschrieben worden.Im Sinne dieses Beschlusses wäre es aber auch **gut, wenn jedes VB Mitglied sich an die Synodalen der eigenen Landeskirche wendet.** Die Mitglieder der Synode findet man [hier](https://www.ekd.de/Mitglieder-12-Synode-EKD-14723.htm)  Dort stehen allerdings keine Adressen, man muss, wenn man die Synodalen der eigenen Landeskirche gefunden hat, sich dann mit google etc. weiterhelfen.

**1.3. Antrag des Hausener Friedenskreises in der EKM**Der Hausener Friedenskreis in der EKM gründete sich 2009 in Hausen bei Arnstadt/Thüringen und ist eine Gruppierung von derzeit 16 Basisinitiativen im Bereich der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM). Ihr gemeinsames Anliegen ist die zivile, gewaltfreie Friedensarbeit auf verschiedensten Ebenen. **„Das von uns herausgearbeitete zentrale Anliegen ist für uns ein deutlicher Paradigmenwechsel: Frieden ist nicht mehr gegeneinander, nur noch miteinander lebbar!**(Vgl. Gemeinsame und gegenseitige Sicherheit, Eine Welt, Eine Menschheit, Eine Würde…)

**Zu den Grundlagen von Friedensethik und Friedensarbeit gehören für uns:**- Friedenstheologie (Nachfolge als Gewaltfreiheit auch in gesellschaftlichen Bezügen)  
- Friede aus Gewaltverzicht/ Gewaltfreiheit/ Gewaltfreiheit als wirksame Alternative  
- Würde des Menschen (Menschen“bild“, auch christologisch)  
- Schöpfungsbewahrung/Schutz  
- Wirtschaft (Kapitalismus) und Frieden  
- Globalisierung und Gerechtigkeit

**Verstärkte Notwendigkeit von Friedensbildung haben wir in den Bereichen gesehen:**- Kirche und Gesellschaft  
- Friedensprozess in der Kirche (Bildung/ Kultur/ Spiritualität)  
- Friedensbildung in vielen Dimensionen (theologisch, spirituell, pazifistisch, in Kirche und Gesellschaft)

**Wichtig sind uns ebenfalls die politischen Dimensionen:**- Verhältnis zu Russland/ Neuordnung dieses Verhältnisses  
- Abrüstung/ Atomwaffenfreies Deutschland/ Atomwaffen, moderne Kriegsführung  
- Abschaffung Militärseelsorge/ Kirchliche Seelsorge für Soldaten einführen“

Auf unserer Zusammenkunft am 21. 9. 2019 in Halle haben wir diese Anliegen bestätigt und ergänzt. Hier unsere Ergebnisse:  
  
1. Hieß es oft noch „Vorrang von ziviler Friedensarbeit vor militärischer“, so engagieren wir uns für eine ausschließlich zivile und gewaltfreie Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit. Diese Position muss auch in der offiziellen Kirche Platz und Stimme bekommen.   
Militär als „Nachrang“ (2% des Bundeshaushaltes als Ziel) und Krieg als „ultima“ ratio“, Rüstungsproduktion und –exporte, Beteiligung an nuklearer „Teilhabe“ lehnen wir entschieden ab – aus geistlichen Gründen ebenso wie aus pragmatischen.   
Wir erwarten, dass „Kirche“ sich auch auf EKD-Ebene klar gegen jede nukleare Teilhabe Deutschlands und für ein weltweites Verbot aller Atomwaffen einsetzt und die UN-Dokumente dafür unterschreibt.  
Uns liegt am Ausbau ziviler und gewaltfreier Strukturen für Dialog, Zusammenarbeit und gemeinsamer gegenseitiger Sicherheit auf nationaler und internationaler Ebene (z.B. OSZE), an Haushaltmitteln in Höhe von 2% des Bundeshaushaltes für zivile Konfliktbearbeitung, Friedensforschung und der Förderung lokaler Friedensinitiativen sowie 2% für internationale Entwicklungszusammenarbeit.  
  
2. Frieden wird gefährdet, wo strukturelle, wirtschaftliche und politische Ungerechtigkeiten herrschen. Wir erwarten von der EKD-Synode, dass Ursachen für Ungerechtigkeit im gegenwärtigen Wirtschaftssystem benannt werden und die Suche nach Alternativen eingefordert und mit begleitet wird. Auf der Tagung des Lutherischen Weltbundes 2003 in Winnipeg hieß es dazu: „Daher verpflichten wir uns und fordern die Mitgliedskirchen auf, an der Verwandlung der wirtschaftlichen Globalisierung mitzuwirken und mit der Zivilgesellschaft Partnerschaften einzugehen, besonders im Rahmen von Bestrebungen, die die prophetische Rolle der Kirchen bei der Förderung von Gerechtigkeit und Menschenrechten anerkennen.“ (63)[[4]](#footnote-5)  
Ähnlich beschloss der Reformierte Weltbund 2004 in Accra – und Papst Franziskus fasste die Anliegen in dem Satz zusammen: „Diese Wirtschaft tötet.“ Und doch gibt es Möglichkeiten einer Verwandlung, bei denen „Kirche“ auch öffentlich, regional und lokal ihren Beitrag zu mehr Gemeinwohl und Solidarität einbringen kann und muss.

3. Die innergesellschaftliche Situation in Deutschland bereitet uns zunehmend Sorge: die Parteienlandschaft verändert sich, das Klima verändert sich, der Umgang miteinander verzerrt sich… Heribert Prantl hat auch dem Dortmunder Kirchentag 2019 einen Vortrag zum Thema „Ängstigt euch nicht!“ gehalten, in dem er Franz Grillparzer von 1849 zitiert. Mit einer – gekennzeichneten – Veränderung nehmen wir dieses Zitat auf: „Von der Humanität durch Nationalität (über Radikalität) zur Bestialität“. – „Kirche“, und dazu zählen wir uns, kann nicht nur für Zivilcourage gegen diesen Trend werben und praktisch darauf vorbereiten, sondern muss die Einzelnen vor Ort auch durch ihr öffentliches Votum stärken und zusammenführen. Die Aktion „Nächstenliebe erfordert Klarheit: Evangelische Kirche in Mitteldeutschland gegen Rechtsextremismus!“ ist ein Weg, die geduldige und klare Auseinandersetzung mit den Argumenten und Aktionen geschichts- und menschenverachtender Betreiber\*innen der andere Weg, der dazu gehört. Hier erleben wir bisher seitens der EKD zu wenig klare Anregung und Unterstützung.

In der Hoffnung auf eine segensreiche Synode und die Berücksichtigung unserer Anliegen grüßen wir Sie vom Hausener Friedenskreis in der EKM,

gez.: das derzeitige Leitungsteam Magdeburg/Halle/S. Oktober 2019  
  
Susanne Bürger, Magdeburg Christof Starke, Halle Dr. Eberhard Bürger, Magdeburg

**Anhang 2**

**K U N D G E B U N G**

der 12. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

auf ihrer 6. Tagung

Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens

Lass ab vom Bösen und tue Gutes;

suche Frieden und jage ihm nach! (Ps 34,15)

Als Christinnen und Christen, die sich im Gottesdienst und im Gebet in den Frieden Gottes stellen, haben wir Anteil an der Friedensbewegung Gottes in diese Welt hinein. Sie bildet den Ausgangspunkt und den Kern der Friedenstheologie und -ethik, die wir als christliche Kirchen in das Ringen um den Frieden in der Welt einbringen.

Der Friede Gottes ist umfassend; unsere Umsetzungen sind partikular. Gottes Frieden umfasst ein Leben in Würde, den Schutz vor Gewalt, die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen, den Abbau von Ungerechtigkeit und Not, die Stärkung von Recht, Freiheit und kultureller Vielfalt. Die grundlegende Differenz zwischen dem, was wir für den Frieden tun, und dem Frieden Gottes führt uns von der Klage in das Lob Gottes. Diese Differenz wehrt jeder Sakralisierung politischer Positionen, auch unserer eigenen. Sie begrenzt unsere menschlichen Auseinandersetzungen heilsam. Sie fördert nüchterne Unterscheidungen und ermöglicht Selbstkritik und Gelassenheit.

Der Friede Gottes überwindet Grenzen, Mächte und Gewalten. Gott steht den Opfern bei. Das geschieht aber nicht durch eine Steigerung der Gewalt, sondern durch Überwindung der Logik der Gewalt: indem Gott Mensch wird und sich in Christus selbst verwundbar macht. Der neue Himmel und die neue Erde, in der sich Gerechtigkeit und Friede küssen, liegen uns noch vo-raus. Aber wir gestalten schon im Hier und Jetzt mit Hoffnung und Ausdauer, mit Klarheit und Mut eine Friedensordnung. Christus ist unser Friede (Eph 2,14). Christus richtet uns durch seine Gerechtigkeit auf und nimmt uns mit auf seinen Weg. Wir sind gerufen, uns aufrecht und mündig mit unseren Kompetenzen und Ressourcen, auch mit unseren Schwächen, an Christi gewaltfreiem Friedenshandeln auszurichten und Verantwortung für einen gerechten Frieden zu übernehmen.

Vor 30 Jahren fand die friedliche Revolution in der DDR statt, mit brennenden Kerzen in den Händen und Friedensgebeten in überfüllten Kirchen – gewaltfrei. Das empfinden wir nach wie vor dankbar – in Ost wie in West – als ein großes Geschenk. Die Mauer fiel, die deutsche und europäische Teilung konnte überwunden werden, Demokratie und Freiheit wurden dazugewonnen. Jedoch sind nicht alle Mauern in Köpfen und Herzen überwunden worden, neue wer-den errichtet.

Der Überwindung der alten Blockkonfrontation ist eine internationale Weltordnung gefolgt, die bestimmt ist durch eine Multipolarität, in der neben den Großmächten eine Vielzahl weiterer Akteure miteinander konkurrieren. Neue Konfliktlinien entstanden, Kriege wurden geführt und geschürt. Im Jahr 2007 hat sich die Evangelische Kirche in Deutschland vor diesem Hintergrund in der Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben - für gerechten Frieden sorgen“ dem Leitbild des Gerechten Friedens verpflichtet und sich für einen klaren Vorrang für gewaltfreie, zivile Instrumente der Konfliktbearbeitung ausgesprochen. Sie betont den engen Zusammenhang

*-* 2 -

von Frieden und Gerechtigkeit und von Frieden und Recht. Den Einsatz militärischer Mittel hält sie ausschließlich als „rechtserhaltende Gewalt“, die als äußerstes Mittel (ultima ratio) erwogen werden darf, unter engen Kriterien für legitim. Der Einsatz von Gewalt ist immer eine Niederlage und stellt uns vor die Frage, ob wir im Vorfeld alles zur Prävention und gewaltfreien Konfliktlösung getan haben.

Seit der Friedensdenkschrift der EKD aus dem Jahr 2007 hat sich die Situation erneut geändert:

• Der Klimawandel entzieht Menschen die Lebensgrundlagen. Das führt zunehmend zu gewaltsamen innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Konflikten und Migrationsdruck.

• Die globalen sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten vergrößern sich.

• Aus innerstaatlichen Konflikten entstehen zunehmend Kriege, in die Großmächte und/ oder Nachbarstaaten involviert sind.

• Der internationale Terrorismus verändert und verschärft die Konflikte.

• Die Ausgaben für Rüstung und Militär steigen deutlich.

• Die Bilanz militärischer Einsätze, die zur Beendigung von Menschenrechtsverletzungen führen sollen, ist enttäuschend.

• Hybride Kriege, Kriegsführung im Cyberraum, Weiterverbreitung von Massenvernich-tungswaffen und automatisierte sowie teilautonome Waffensysteme werfen grundlegende ethische Fragen auf.

• Die regelbasierte multilaterale Weltordnung ist in der Krise. Großmächte kündigen inter-nationale Verträge zur Rüstungskontrolle und stellen internationale Abkommen in Frage.

• Der zunehmende Zerfall von Staatlichkeit in vielen Regionen der Welt verändert die sicherheitspolitische Herausforderung.

• Das gesellschaftliche Klima wird rauer, Reden und Handeln werden gewaltförmiger.

Eine gerechtere, ressourcen-schonendere und die Würde aller Menschen achtende Weltord-nung ist der wichtigste Beitrag für mehr globale Sicherheit und weniger Konflikte. Die wichtigen globalen Herausforderungen lassen sich nicht militärisch lösen, sie bedürfen des politischen Ausgleichs sowie der Berücksichtigung des Rechtes und des Wohles aller Beteiligten. Vor allem aber bedürfen sie der Stärkung des gegenseitigen Vertrauens. Die Gemeinschaft in der Ökumene hilft uns, zum Aufbau des Vertrauens beizutragen. Deshalb sind wir gemeinsam mit Kirchen aus aller Welt auf dem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens.

**1. Der Weg der Gewaltfreiheit**

Die Erfahrung zeigt, dass Menschen, Gemeinschaften und Staaten in der Lage sind, Probleme und Konflikte in allen Bereichen gesellschaftlichen und politischen Lebens auf konstruktive und gewaltfreie Weise zu bearbeiten. Es gibt erprobte Konzepte und Instrumente dafür, Wege aus Gewalt und Schuld zu finden, einander vor Gewalt zu schützen und Versöhnungsprozesse zu gestalten – in Friedenszeiten wie in Krisen- und Kriegssituationen. Auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens hören wir Gottes Ruf in die Gewaltfreiheit. Wir folgen Jesus, der Gewalt weder mit passiver Gleichgültigkeit noch mit gewaltsamer Aggression begegnet, sondern mit aktivem Gewaltverzicht. Dieser Weg transformiert Feindschaft und überwindet Gewalt, und er achtet die Würde aller Menschen, auch die von Gegnerinnen und Gegnern.

*-* 3 -

• Das Leitbild des Gerechten Friedens setzt die Gewaltfreiheit an die erste Stelle. Das wollen wir im Gebet, im eigenen Friedenshandeln und im gesellschaftlichen Dialog immer weiter einüben. Wir rufen die politisch Verantwortlichen dazu auf, militärische Gewalt und kriegerische Mittel zu überwinden. Vom Gerechten Frieden her zu denken heißt, den Grundsatz zu befolgen: „Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor.“ Deshalb setzen wir uns mit ganzer Kraft für die Vorbeugung und Eindämmung von Gewalt ein.

• Aufgrund der positiven Erfahrungen mit Prävention und ziviler Konfliktbearbeitung stär-ken wir die Ausbildung und den Einsatz von Friedensfachkräften und fordern den Aus-bau der Friedens- und Konfliktforschung und die verlässliche Bereitstellung der dafür notwendigen finanziellen Ausstattung.

• Prävention ist die nachhaltigste Form der Friedenssicherung. Deshalb fordern wir die Priorisierung von Haushaltsmitteln des Bundesetats – mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandproduktes – für entwicklungspolitische Maßnahmen, für die Bekämpfung von Gewaltursachen, für Krisenprävention, für gewaltfreie Konfliktbearbeitung und für Nachsorge und zivile Aufbauarbeit in Krisenregionen.

**2. Nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz für gerechten Frieden**

Im Jahr 2015 haben die Vereinten Nationen die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) beschlossen. Der aktuelle Stand der Umsetzung gibt Anlass zur Besorgnis: Wenn wir als Weltgemeinschaft so weitermachen wie bisher, werden von den 169 Unterzielen nur drei erreicht werden. Auch vom Erreichen des Zieles Nr. 16 „Friede, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ sind wir weit entfernt. Noch immer sind zwei Milliarden Menschen nicht ausreichend ernährt, verbrauchen wir besonders im Globalen Norden mehr Ressourcen als wir zur Verfügung haben, leben wir auf Kosten des fernen Nächsten und kommender Generationen.

Die katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels wirken als Konfliktbeschleuniger, sie verstärken bestehende Problemlagen wie Hunger oder extreme Wetterereignisse und treffen ins-besondere diejenigen, die am wenigsten zur globalen Erwärmung beitragen. Wir werden dem Anspruch der Agenda 2030, niemanden zurückzulassen („leave no one behind“), nicht gerecht. Weil wir die nachhaltigen Entwicklungsziele nicht konsequent umsetzen, sind wir auf dem Weg in eine noch unfriedlichere Welt. Ohne nachhaltige Entwicklung gibt es keinen Frieden.

Die Kirchen können an vieles anknüpfen, wofür sie sich seit Jahren im konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung engagieren. Wir sprechen uns für ein entschiedenes Engagement von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zur Einhaltung der ökologischen Grenzen unserer Erde aus. Wirksamer Klimaschutz ist auch ein Beitrag zur Krisenprävention.

Für den Frieden in der Welt ist Klimagerechtigkeit eine unabdingbare Voraussetzung. Es ist deshalb ein Ausdruck des christlichen Friedenszeugnisses, sich als Kirche sowohl für das Er-reichen der von den Vereinten Nationen 2015 in Paris beschlossenen Klimaziele einzusetzen als auch das eigene kirchliche Klimaschutzhandeln konsequent weiterzuentwickeln.

• Wir treten ein für eine Ethik, eine Ökonomie und einen Lebensstil des Genug und für eine Verzahnung von Friedens- und Nachhaltigkeitsdiskursen in Kirche und Gesellschaft.

*-* 4 -

• Wir unterstützen die weltweiten Partnerkirchen und -projekte darin, die Folgen des Kli-mawandels zu bewältigen.

• Wir fordern die Bundesregierung auf, die im Koalitionsvertrag gesetzten Klimaschutz-ziele endlich entschieden umzusetzen. Die bislang getroffenen Maßnahmen, verabschiedeten Gesetze wie auch die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie reichen bei weitem nicht aus.

• Wir unterstützen die Absicht der Bundesregierung, globalen Klimaschutz als Beitrag zur Krisenprävention zum Schwerpunkt ihrer Zeit als nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat zu machen. Sie sollte dazu neue Allianzen suchen und innovative Formate der multilateralen Kooperation nutzen.

• Weiterhin muss die Bundesregierung ihrer internationalen Verantwortung gerecht wer-den und dauerhaft ausreichende Mittel für die internationale Klimafinanzierung, insbesondere für die Prävention vor und die Kompensation von klimabedingten Schäden und Verlusten, zur Verfügung stellen.

**3. Gesellschaftlicher Frieden**

Wir nehmen eine wachsende Schere zwischen Arm und Reich und soziale Benachteiligung wahr. Lohndumping und die Verlagerung von Arbeitsplätzen, sowie Altersarmut und steigende Mieten wecken zunehmend Ängste. Die Kirche hat hier die Aufgabe, sich mit diesen Problemen auseinanderzusetzen, um damit auch verkürzenden populistischen Argumentationen, Extremismus und Gewaltbereitschaft vorzubeugen. Dafür müssen Räume für konstruktive Lösungen geöffnet werden. Zunehmend belasten auch Antisemitismus und Islamfeindlichkeit so-wie Rechtspopulismus und Rechtsextremismus das gesellschaftliche Klima. Dem muss entgegnet werden: Rassismus und Ausgrenzung widersprechen dem christlichen Gebot der Nächstenliebe und der Würde des Menschen. Verbale und physische Verrohung und Gewalt dürfen keine Mittel der politischen, weltanschaulichen und religiösen Auseinandersetzung sein. Religionen dürfen kein Anlass für Hass, Unfrieden und Krieg sein, vielmehr sind die Friedens-potentiale der Religionen auszuschöpfen, damit sie als Werkzeuge des Friedens dienen können.

Wir ermutigen Kirchengemeinden und andere kirchliche Einrichtungen, als Orte der Reflexion und des Dialogs zur Verfügung zu stehen, Menschen zur friedfertigen Durchsetzung ihrer Interessen zu befähigen und Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe, gerade auch im ländlichen Raum, zu schaffen. Bündnisse zur Lösung relevanter sozialer Probleme und zur Überbrückung gesellschaftlicher Spaltung sind zu fördern und eine Haltung zu entwickeln, die es ermöglicht, gegen verbale und physische Gewalt einzutreten. Christliche Gemeinden, Verbände und Initiativen können Impulsgeber und Freiräume sein für soziale Gemeinschaft bildende Aktivitäten. Alle Aktivitäten, die es in diesem Sinne bereits gibt, verdienen mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit. Sie sind die Bündnispartner zur Gestaltung des Gemeinwesens.

• Wir verpflichten uns, Initiativen im Bereich der Friedenspädagogik, zivilen Konfliktbear-beitung und der politischen Bildung zu unterstützen und dabei gerade dem politischen Engagement, den Kompetenzen und Anliegen junger Menschen Raum zu geben.

• Wir fordern einen Ausbau der Friedens- und Demokratiebildung in Schulen und Bil-dungseinrichtungen.

• Wir empfehlen, die pädagogische Arbeit zur Stärkung der Kompetenzen im Umgang mit Hate-Speech und Mobbing in der analogen und digitalen Kommunikation zu intensivieren.

*-* 5 -

**4. Die europäische Verantwortung für den Frieden**

Die Europäische Union (EU) hat sich als Wertegemeinschaft der Achtung der Menschenwürde und der Wahrung der Menschenrechte, der Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet (Lissabon-Vertrag, 2007). Sie hat maßgeblich zu Frieden und Versöhnung zwischen ehemals verfeindeten Staaten in Europa beigetragen und einen historisch einmaligen Stabilitätsraum geschaffen. Wir unterstützen alle Kräfte, die der EU als Projekt des Friedens und der Versöhnung verpflichtet sind. Wir sagen „Ja zu einem Europa in weltweiter Solidarität, das Gleichgültigkeit und Eigeninteressen überwindet, Frieden und Gerechtigkeit übt und sich für die Bewahrung der Schöpfung einsetzt.“ (Kundgebung der EKD-Synode 2016). Die Stärke der EU sehen wir darin, mit zivilen, diplomatischen Mitteln Krisen vorzubeugen, zur Beilegung von Gewaltkonflikten beizutragen und kriegszerstörte Gesellschaften im Wiederaufbau zu unterstützen. Dauerhafter Frieden ist nur zu erreichen, wenn auch die Sicherheit an-derer in den Blick genommen wird. Vertrauensbildende Maßnahmen und eine internationale gültige Rechtsordnung spielen dabei eine entscheidende Rolle.

• Gemeinsam mit den anderen Kirchen in Europa wollen wir eine klar vernehmbare Stimme für den Frieden sein. Wir setzen uns in den europäischen kirchlichen Vereinigungen wie Gemeinschaft Europäischer Kirchen in Europa (GEKE) und Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) für diese Ziele ein, wie sie z. B. in der „Charta Oecumenica“ (2001) beschrieben sind.

• Wir fordern, dass die EU vor allem die Institutionen unterstützt, die der Friedensförde-rung dienen. In Abstimmung mit den Vereinten Nationen, der OSZE und dem Europarat sollte sie die Instrumente für Mediation, Gewaltprävention, zivile Konfliktbearbeitung und Nachsorge sowie für den Friedensaufbau systematisch ausbauen und finanziell deutlich besser ausstatten.

• Wir fordern, dass die gesamte EU-Politik und insbesondere die EU-Nachbarschaftspolitik (ENP) durch faire Handelsbeziehungen, eine gerechte Agrarpolitik sowie glaubwürdige Klima- und Umweltpolitik friedensverträglich und im Sinne globaler Solidarität ausgestaltet werden.

• Wir fordern die EU und ihre Mitgliedstaaten dazu auf, ihre Schutzverantwortung für Flüchtlinge konsequent wahrzunehmen. EU-Missionen zur Seenotrettung sind drin-gend erforderlich. Es müssen sichere und legale Wege für Schutzsuchende in die EU sowie ein gemeinsames Asylsystem mit fairer Verteilung und möglichst hohen Verfahrens- und Aufnahmestandards geschaffen werden. Das in Artikel 18 der EU-Grundrechtecharta verankerte Recht auf Asyl muss garantiert werden. Wir unterstützen die Bundesregierung dabei, im europäischen Zusammenhang für den Globalen UN-Migrationspakt als Rahmen für eine gemeinsame Regelung migrationspolitischer Fragen zu werben.

• Wir fordern, dass die Regeln der EU zur Rüstungsexportkontrolle - im Einklang mit dem „Gemeinsamen Standpunkt der EU“ von 2008 - restriktiver umgesetzt werden und de-ren Einhaltung effektiver überwacht wird. Hier sind alle Mitgliedstaaten gefordert, ihre nationale Gesetzgebung und Kontrollinstanzen entsprechend auszurichten. Wir bitten die Bundesregierung, ein Rüstungsexportkontrollgesetz in Deutschland vorzulegen und im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft glaubwürdig dafür zu werben. Sowohl Exporte in Krisenregionen als auch militärische Kooperationen mit Drittstaaten außer-halb der Nato, die Menschenrechte und Demokratie missachten, untergraben die internationale Friedensordnung.

*-* 6 -

**5. Herausforderungen durch Autonomisierung, Cyberraum und Atomwaffen**

*Autonomisierung und Teilautonomisierung von Waffen*

Eine neue friedensethische Herausforderung stellen *automatisierte, teilautonome und unbe-mannte Waffensysteme* dar, die auch zur Gefahrenabwehr und damit zum Schutz nicht nur von Soldatinnen und Soldaten, sondern auch von Zivilisten und Zivilistinnen eingesetzt wer-den. Gleichzeitig gibt es vielfältige Risiken: ein Absinken der Hemmschwelle zum militärischen Einsatz, eine Entgrenzung des Krieges oder auch die völlig ungelösten Fragen der Kontrolle und Verantwortung für die Folgen einer militärischen Aktion. Mit steigendem Autonomisierungs-grad werden diese Risiken größer und beträfen im Falle autonomer und teil-autonomer Systeme auch elementare Fragen der Menschenwürde.

• Bei autonomen Waffen, die der menschlichen Kontrolle entzogen sind, treten wir für eine völkerrechtliche Ächtung ein und appellieren an die Bundesregierung, sich für ein verbindliches Verbot von autonomen Waffensystemen einzusetzen.

• Wir unterstützen die internationale Kampagne „Stop Killer Robots“ zur Ächtung soge-nannter Killerroboter.

*Cyberraum*

Cyberangriffe unterscheiden sich fundamental von herkömmlichen Formen der Kriegführung. Sie finden scheinbar „vollkommen blutlos“ im virtuellen Raum statt, können aber dramatische Wirkungen zeitigen, insbesondere wenn sie vitale Infrastrukturen wie Strom- oder Wasserversorgung treffen. Viele Staaten, auch Deutschland, reagieren darauf mit der Einrichtung von militärischen Cyberkommandos. Ihre Bindung an rechtsstaatliche Verfahren, ihre Kontrolle durch die staatlichen Organe und ihre Verbindung mit nichtmilitärischen Einrichtungen der Aufklärung und Gefahrenabwehr ist zu sichern und zu stärken. Entscheidend ist unter anderem die Resilienz, das heißt die Schaffung sicherer und widerstandsfähiger Infrastrukturen und Vorkehrungen für deren Wiederherstellung. Diese einzurichten und weiterzuentwickeln, ist zuvorderst eine Aufgabe für Politik und Wirtschaft.

• Wir sprechen uns dafür aus, bei der Cyber-Abwehr vor allem zivile Strukturen und de-fensive Maßnahmen zu stärken.

• Wir sehen die Notwendigkeit, zur Vermeidung bzw. Regelung von Konflikten im Cyber-raum auf der Grundlage ethischer Kriterien ein völkerrechtlich verbindliches Cyberrecht zu entwickeln und einzuführen. Die Bundesregierung sollte sich im Rahmen der UN dafür einsetzen.

*Atomwaffen*

Atomwaffen sind Massenvernichtungswaffen und eine existentielle Bedrohung des gesamten menschlichen Lebensraums. Schon die Friedensdenkschrift von 2007 betont, dass die „Dro-hung mit Nuklearwaffen nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung“ betrachtet werden kann. Politisches Ziel bleibt deshalb ein Global Zero: eine Welt ohne Atomwaffen. Während dieses Ziel breiter Konsens ist, ist der Weg dorthin umstritten. Dennoch erscheint uns heute angesichts einer mangelnden Abrüstung, der Modernisierung und der Verbreitung der Atom-waffen die Einsicht unausweichlich, dass nur die völkerrechtliche Ächtung und das Verbot von Atomwaffen den notwendigen Druck aufbaut, diese Waffen gänzlich aus der Welt zu verbannen. Der Bruch des Budapester Memorandums zu Lasten der Ukraine ist ein massiver Rück-schlag im Bemühen um weitere atomare Abrüstung. Die Aufkündigung des INF-Vertrages er-höht noch einmal das Risiko einer nuklearen Aufrüstung. Je länger Atomwaffen produziert, modernisiert, weiterentwickelt und einsatzbereit gehalten werden, desto größer ist die Gefahr,

*-* 7 -

dass es zu einem Einsatz von Atomwaffen oder zu einem katastrophalen Unfall kommt. Es hat sich gezeigt, dass der Atomwaffenbesitz vor Angriffen mit konventionellen Waffen nicht schützt. Dass auch vom deutschen Boden (Büchel) atomare Bedrohung ausgeht, kann uns nicht ruhig lassen. Die Tatsache, dass es noch immer ca. 16.000 Atomsprengköpfe auf der Welt gibt und in den vergangenen Jahren keine Abrüstung im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrages gelungen ist, zeigt, dass der Atomwaffenverbotsvertrag überfällig ist, der 2017 aufgrund einer Resolution der UN-Generalversammlung ausgehandelt wurde.

Wir fordern die Bundesregierung auf, konkrete Schritte einzuleiten mit dem Ziel, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen. Dies setzt Gespräche und Verhandlungen mit den Partnern in NATO, EU und OSZE voraus:

• über eine Weiterentwicklung des Atomwaffenverbotsvertrages - besonders der Über-prüfungsmechanismen,

• über ein weltweites Moratorium der Modernisierung der Atomwaffen,

• über eine Initiative zu negativen Sicherheitsgarantien, d.h. Verpflichtungen der Nukle-arwaffenstaaten, keine Nuklearwaffen gegen Nicht-Nuklearwaffenstaaten einzusetzen oder mit ihnen zu drohen,

• über neue Bemühungen für Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Vertrauen ist die Grundlage jeder Friedenspolitik und der Schlüssel zu nuklearer Abrüstung.

***Ökumenischer Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens***

Dankbar erinnern wir uns an die Ökumenische Versammlung „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ 1989 in Dresden. Als Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) sind wir mit den Kirchen weltweit verbunden. Auf dem Weg zur Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) 2021 in Karlsruhe folgen wir seinem Aufruf, an dem Ökumenischen Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens einschließlich des Ökumenischen Pilgerweges für Klimagerechtigkeit teilzunehmen. Als Teil der Friedensbewegung Gottes in diese Welt hinein verpflichten wir uns, in unseren eigenen Strukturen und Veränderungsprozessen, in unserem täglichen Handeln sowie in den gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen um Gottes Frieden zu bitten, ihn beständig zu suchen und für Gerechtigkeit und Frieden einzutreten. Wir sind unterwegs in dem Vertrauen, dass Gott unsere Füße auf den Weg des Friedens richtet (Lk 1,79).

Dresden, den 13. November 2019

Die Präses der Synode

der Evangelischen Kirche in Deutschland

Dr. Irmgard Schwaetzer

**Anhang 3**

**Eine aktualisierende Auslegung des Artikels 16 vom   
Bund Evangelischer Kirchen in der DDR vom 29. Mai 1989**

**„***1. Die ständige Bedrohung allen Lebens durch die Gefahr eines atomaren Krieges hat Christen in wachsender Zahl zu der Erkenntnis geführt, daß die Aussage von Artikel 16 des Augsburger Bekenntnisses nicht mehr nachvollziehbar ist, wonach ‚Christen … ohne Sünde...rechtmäßig Kriege führen und an ihnen teilnehmen‘ können.*

*Die dahinter stehende Lehre vom ‚gerechten Krieg‘ war eigentlich darauf gerichtet, den Frieden zu fördern und das Recht zu wahren, indem sie Kriege zu vermeiden oder zu begrenzen suchte. Sie ist jedoch zur Rechtfertigung von Kriegen mißbraucht worden. Überdies hat sich die Situation von damals durch die Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln grundlegend verändert. Deshalb bedarf CA 16 einer aktualisierenden Auslegung, damit das Bekenntnis und das Friedenszeugnis der an dieses Bekenntnis gebundenen Kirchen glaubwürdig bleiben. CA 16 heute zur Geltung zu bringen bedeutet, das Bekenntnis weder zu verändern noch außer Kraft zu setzen. Es erfährt angesichts neuer Herausforderungen eine Auslegung, die in der Bindung an das Bekenntnis erfolgt.*

*Das Augsburger Bekenntnis selber hat seine Aufgabe darin gesehen, aktualisierende Auslegung der Heiligen Schrift und Wegweiser zu ihrem Verständnis zu sein. Es hat das apostolische Zeugnis in seiner biblischen Überlieferung in der Gemeinschaft der Kirche Christi neu vergegenwärtigt. Die situationsbezogene Auslegung war dem Augsburger Bekenntnis dabei ebenso wichtig wie der Erweis der Kontinuität mit Schrift und Tradition.*

*2. In dieser Erkenntnis und in Aufnahme der entscheidenden Aussagen von CA 16 erklären wir heute:  
- Nicht die Weltflucht, sondern die Weltverantwortung gehört zum verbindlichen Zeugnis des Glaubens. Mit den Vätern der Reformation bejahen wir, daß der Glaube unabdingbar zum Handeln führt. Dies haben wir in Gehorsam gegenüber unserem Herrn in den konkreten Bereichen des Lebens und der Gesellschaft in Zeugnis und Dienst für andere zu bewähren.  
- Die von Gott geschaffene ‚gute Ordnung‘ (CA 16) zielt auf die Bewahrung seiner Schöpfung. Angesichts ihrer drohenden Zerstörung haben wir Gottes ‚gute Ordnung‘ heute darin zu bezeugen, daß wir dem weltweiten Zusammenhang von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung Geltung verschaffen.  
- Im atomaren Zeitalter kann daher Krieg kein zu rechtfertigendes Mittel der Politik mehr sein. Angesichts nuklearer Hochrüstung kann es nicht mehr um die Frage gehen, ob und wann ein Krieg gerechtfertigt ist, sondern nur noch darum, wie er verhindert werden kann.  
- Um den Frieden zu erhalten und Völkermord, Rassendiskriminierung, unerträgliche Gewaltherrschaft und Freiheitsberaubung auszuschließen, bedarf es einer internationalen Rechtsordnung, in der allgemein verbindliche Normen gelten. Solange eine solche übergreifende Rechtsordnung nicht wirksam geworden ist, sehen wir nationale Befreiungsbewegungen als den Versuch an, mehr Gerechtigkeit für Unterdrückte anzustreben.*

*3. In unseren Glauben an den dreieinigen Gott als dem Schöpfer, den Versöhner und Erneuerer bekennen wir heute:  
- Durch Jesus Christus ist Gottes Frieden in die Welt gekommen. Als Werkzeug seines Friedens wissen wir uns von ihm in Dienst genommen. Gottes Auftrag verpflichtet uns zur Bewahrung der Schöpfung.  
- Massenvernichtungswaffen sind gegen Gottes Wort und Gebot. Menschen haben kein Recht zur Zerstörung der Schöpfung. Wir widersetzen uns deshalb allen Versuchen, Kriege zu rechtfertigen.  
- Um Gottes Frieden und der Menschen willen ist der Krieg abzuschaffen. Es kann in der Welt kein Frieden erreicht werden, wenn nicht gleichzeitig Gerechtigkeit für alle Menschen angestrebt wird. Deshalb setzen wir uns dafür ein, daß der Krieg als Mittel der Politik durch eine in der ganzen Welt geltende und durchzusetzende Ordnung gerechten Friedens ersetzt wird.  
- Um Gottes und der Menschen willen ist uns heute der Dienst für den Frieden geboten. Als Christen wollen wir Schritte wagen, die zu einer Ordnung gerechten Friedens führen. Das schließt verantwortliche Zusammenarbeit mit anderen ein. Wir unterstützen alle, die sich zeichenhaft für eine Welt ohne Waffen einsetzen.“*

Quelle: „…rechtmäßig Kriege führen…“ Texte aus der VELKD 134/2005, 20ff

1. Siehe Anhang 1 [↑](#footnote-ref-2)
2. Weder die Lehre der Täufer, wie sie in den „Schleitheimer Thesen“ aus der Reformationszeit zum Ausdruck kommt, noch die Schriften des Erasmus von Rotterdam zum Frieden, z.B. Die Klage des Friedens 1517, sind eine Irrlehre. Sie sind reformatorische Dokumente, die von Melanchton und Luther zur Irrlehre abgestempelt wurden.  
   Dass sich diese Verurteilungen nicht gegen den persönlichen Glauben bestimmter Menschen richte, entspricht ebenfalls nicht den Tatsachen. Die Täufer wurden im Gebiet der lutherischen Reformation vertrieben, verfolgt, verhaftet, hingerichtet und erst 1999 wurde in Augsburg eine neue Gemeinschaft mit ihnen hergestellt. -   
   Die Schriften des Erasmus wurden verschwiegen. [↑](#footnote-ref-3)
3. Amtsblatt Band VII, Stück 34, S. 646 [↑](#footnote-ref-4)
4. Wirtschaf(en) im Dienst des Lebens, Von Winnipeg 2003 über Accra 2004 nach Porto Alegre 2006, Kairos Europa e.V. 2005, 4 [↑](#footnote-ref-5)